

Zusammenfassung „Deep Trouble: the Murky World of the Deep Sea Mining Industry“

Aus welchem Grund könnten Regierungen mit dem Tiefseebergbau in den Ozeanen einem Überschreiten neuer Grenzen der Umweltzerstörung zustimmen und wer drängt sie dazu? Wissenschaftler warnen seit langem, dass der Tiefseebergbau zu unvermeidlicher und irreparabler Zerstörung in unseren Ozeanen führen kann, und dass er sogar die enorm wichtige Kohlenstoffspeicherung in der Tiefsee gefährden könnte. Profiteure eines möglichen Tiefseebergbaus sind eine Handvoll privater Unternehmen, die derzeit Einfluss auf die UN-Regulierungsbehörde nehmen und ihre Lobbyisten auf Regierungen ansetzen, damit diese den internationalen Tiefseeboden für Profit und Zerstörung freigeben. In einigen Fällen verhandeln Vertreter dieser Firmen sogar im Namen von Regierungen.

Trotz begründeten Zweifels auch an der Wirtschaftlichkeit des Tiefseebergbaus verbreitet die Industrie, die Ausbeutung der Tiefsee-Bodenschätze geschehe zum Wohle ärmerer Staaten und kommender Generationen. Der vorliegende Report enthüllt ein hinter den Unternehmen stehendes Netzwerk von Eigentümern und Profiteuren fast eines Drittels aller bewilligten Förderverträge und zeigt auf, wer gewinnt und wer verliert, wenn der Tiefseebergbau in den Ozeanen tatsächlich beginnen sollte.

Die vorliegende Recherche von Greenpeace dokumentiert, wie das Geschäft mit der Ausbeutung von Mineralien aus der Tiefsee - die zum Weltnaturerbe und damit zu den globalen Gemeinschaftsgütern gehört - von wenigen Unternehmen des globalen Nordens monopolisiert und alle Gewinne dorthin kanalisiert werden. Über ein dichtes Geflecht von Tochtergesellschaften, Partnern und Subunternehmern halten sie die Illusion aufrecht, dass der Tiefseebergbau im öffentlichen Interesse stattfinden würde. In Wahrheit jedoch sind diejenigen Entwicklungsländer erheblichen Verbindlichkeiten und Risiken ausgesetzt, die den zuständigen Behörden offiziell die Förderverträge dieser privaten Firmen vorlegen.

Die wichtigsten Ergebnisse des Berichts:

- Die kommerzielle Ausbeutung empfindlicher und schützenswerter globaler Gemeinschaftsgüter wie die Tiefsee wird trotz ernsthafter ökologischer und wirtschaftlicher Bedenken vorangetrieben.
- Die technischen Möglichkeiten entwickeln sich mit Hochgeschwindigkeit, während die Staatengemeinschaft in einem langwierigen Prozess Regeln verhandelt, wie der internationale Meeresboden für den kommerziellen Bergbau freigegeben werden kann. Immer deutlicher wird, dass die Industrie weit davon entfernt ist, die ehrgeizigen Ziele der globalen Entwicklung und zum Wohle der Menschheit zu erreichen.
- Mit dem Start des Tiefseebergbaus würde sich die historische globale Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd weiter verschärfen und der Umwelt würden massive und irreversible Schäden zugefügt.
- Ein Gebiet von etwa der Größe Frankreichs und Deutschlands wurde bereits für den Tiefseebergbau geöffnet. Bis heute hat die Internationale Meeresbodenbehörde (International Seabed Authority, ISA) 30 Lizenzen mit einer Ausdehnung von über einer Million Quadratkilometer zur Erkundung der Wirtschaftlichkeit des Tiefseebergbaus vergeben. Bei fast einem Drittel dieser Verträge sind private Unternehmen beteiligt, die ihren Hauptsitz größtenteils in Nordamerika und Europa haben. Darunter sind einige Firmen, die bereits in der

fossilen Industrie, im Bergbau oder in anderen umweltzerstörenden Geschäftsgebieten tätig sind.

- Der Tiefseebergbau wird dem Lebensraum Meer ernsthafte und irreversible Schäden zufügen, den Verlust der biologischen Vielfalt beschleunigen und mit der Tiefsee eine der wichtigsten planetaren Kohlenstoffsenken bedrohen.
- Tiefseebergbau gefährdet massiv die Ernährungssicherheit vieler Entwicklungsländer. Die Tiefseebergbau-Industrie stößt auf den wachsenden Widerstand zivilgesellschaftlicher Gruppen u.a. kleiner Inselstaaten, die den ausländischen Privatunternehmen vorwerfen, ihre Nationen ökologisch und finanziell auszubeuten.

Undurchsichtige Unternehmenspraktiken verschleiern Gewinn- und Haftungsanspruch

- Die Unternehmensstrukturen der führenden Tiefseebergbau-Akteure zeigen, wie sich die Explorationsverträge der internationalen Meeresbodenbehörde ISA in den Händen einiger weniger Privatunternehmen des globalen Nordens konzentrieren. Jene Staaten, die diesen Unternehmen ihr Engagement erst ermöglichen, sind größtenteils kleine, arme Inselnationen (Small Island Developing States SIDS). Sie sind einem hohen Haftungs- und finanziellen Risiko ausgesetzt und riskieren eine unverhältnismäßige Belastung durch Umweltschäden.
- In der Testphase wurde bereits über zahlreiche Probleme bei der Einhaltung bestehender Vorschriften durch die Industrie berichtet, allerdings blieben Einzelheiten vertraulich.
- Die Hälfte der 16 Verträge zur Erkundung von Mineralien in der Clarion-Clipperton-Zone im Pazifik wird derzeit von nur vier Unternehmen - darunter drei Privatunternehmen - dominiert. Durch deren Zusammenarbeit über Netzwerke von Subunternehmern, Partnerschaften oder Tochtergesellschaften wird die Dominanz folgender drei Unternehmen verschleiert und ist nicht rechenschaftspflichtig: Des in Kanada registrierten Unternehmens DeepGreen, des belgischen Unternehmens Dredging, Environmental and Marine Engineering NV (DEME) und des US-Waffenherstellers Lockheed Martin.
- Um an Förderlizenzen zu kommen, agiert das kanadische Unternehmen DeepGreen verdeckt und über angebliche lokale Firmen aus Nauru, Kiribati oder Tonga. Zweifel sind jedoch angebracht, ob die Sponsorenstaaten vom Tiefseebergbau tatsächlich finanziell profitieren.
- Tochtergesellschaften von DeepGreen, DEME und Lockheed Martin kooperierten mit armen Inselstaaten, um ihren nordamerikanischen und europäischen Mutterfirmen Zugang zu Gebieten des Meeresbodens zu verschaffen, welche eigentlich für Entwicklungsländer vorgesehen sind.
- Allen Aufforderungen zum Trotz wurden Einzelheiten dieser Kooperationen nicht zugänglich gemacht und daher bleibt es schwierig, ihren finanziellen oder sonstigen Nutzen für die Inselstaaten abzuschätzen.

Unlauterer Einfluss der Bergbauindustrie auf Regierungspolitik

- Greenpeace Recherchen zeigen, dass einige Regierungen den prognostizierten ökonomischen Wert des Tiefseebergbaus ausschließlich auf Berechnungen der Industrie stützen. Beispielsweise rechnet die britische Regierung aus, dass

Großbritannien in Höhe von rund 40 Milliarden Pfund profitieren würde - offenbar lediglich auf Grundlage einer Schätzung des Waffengiganten und Bergbauprospektors Lockheed Martin. Eine unabhängige Analyse fehlt.

- Offensichtlich werden leitenden Mitarbeitern der Sponsorenstaaten lukrative Posten in den Tiefseebergbau-Firmen für Ihre Dienste verschafft. Beispielsweise trat ein ehemaliger Minister, der sich für die Bewilligung von Förderanträgen einsetzte, später als Berater in ein Industrieunternehmen ein. Ebenso taten das weitere Minister, die während ihrer Amtszeit in den Vorständen von Tiefsee-Bergbaugesellschaften saßen, sowie ein Unternehmensjurist, der Regierungsdelegationen bei Anhörungen vor internationalen Gerichten beriet.

Firmenübernahme der internationalen Regulierungsbehörde ISA

- Die Aufsichtsbehörde der Branche, die internationale Meeresbodenbehörde ISA, räumte der industriellen Entwicklung des Tiefseebergbaus konsequent Vorrang vor der Erhaltung der Tiefsee ein. Damit hat die ISA die Entwicklung einer Tiefsee-Bergbauindustrie befördert, die nur sehr begrenzt - z.B. über Änderungen der unternehmerischen Eigentumsverhältnisse und den daraus resultierenden Risiken für Umwelt und Gerechtigkeit - kontrolliert wird.
- Private Bergbauunternehmen scheinen die internationalen Verhandlungen über die Zukunft des Meeresbodens stark zu beeinflussen, indem sie bei den Regierungen intensive Lobbyarbeit betreiben. Ihr Ziel ist die Verabschiedung von möglichst wenig einschränkenden Regeln, die den Beginn des Tiefseebergbaus in vollem Umfang ermöglichen - mit einer Finanzregelung, die die Unternehmensgewinne maximiert. Bislang gab es zwischen den Regierungen nur äußerst unzureichende Diskussionen über die Gewinnausschüttung an Unternehmen.
- Während leitende Mitarbeiter der ISA zunehmend industriefreundliche Kommentare abgeben und privaten Unternehmen den Rücken stärken, gehören der mächtigen Beratungskommission der ISA auch Experten aus den Bergbaufirmen an. Vertreter von DeepGreen und DEME sprechen im wahrsten Sinne des Wortes im Namen von Regierungen, dies gilt zB für Nauru oder Belgien.

Die internationale Staatengemeinschaft steht in den nächsten zwölf Monaten vor wichtigen politischen Entscheidungen - einschließlich der Frage, ob das größte Ökosystem der Erde, die Tiefsee, für den kommerziellen Bergbau geöffnet werden soll. Bei diesen Entscheidungen müssen die Regierungen festlegen, ob wenige Unternehmen im globalen Norden vom Tiefseebergbau profitieren dürfen, während die Welt die Umweltschäden trägt und die Hauptlast der rechtlichen Haftung und des finanziellen Risikos die Nationen im Süden der Welt schultern. Um die Menschen und die Natur zu schützen, müssen die Regierungen sicherstellen, dass die Tiefsee für die Ausbeutung von Mineralien tabu bleibt. Stattdessen müssen sich die Vereinten Nationen auf ein globales Meeresabkommen einigen, das den Schutzgedanken in den Mittelpunkt der Ozeanpolitik stellt.